

Jahresrückblick 2024

Weiterentwicklung des Netzwerks:

Der mit dem „Meet for Change“ im Juni 2023 begonnene Strukturprozess des Netzwerks wurde 2024 weitergeführt. Anfang des Jahres wurde das Strukturpapier aktualisiert, in dem Ziele und Struktur des Netzwerks festgelegt sind. Dabei wurde die Zielgruppe „Frauen“ ergänzt um „Mädchen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen“.

Herausfordernd nach der Klausur blieb weiterhin die Aktivierung der AGs sowie die Funktion des Sprecher*innen-Gremiums. Im Juni 2024 hat sich das Netzwerk deshalb ausführlich mit folgenden beiden Fragen befasst: a) Welche Strukturen brauchen wir für die politische Einflussnahme? b) Wie erreichen wir wieder mehr Motivation und Commitment?

Daraufhin wurde eine Task Force aus erfahrenen Mitgliedsfrauen eingesetzt, die Empfehlungen für weitere Strukturänderungen erarbeitet hat. Ein von der Task Force erarbeitetes Ergebnis ist, dass ab 2025 zeitlich begrenzte Fachforen eingesetzt werden. Diese planen Fachgespräche zu wechselnden Themen im Berliner Abgeordnetenhaus und führen sie durch. Zudem bereitet das jeweilige Fachforum gemeinsam mit der Koordinatorin auch die Plena vor und setzt sie um. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es im Netzwerk keine Sprecher*innen mehr. Ob und wenn, in welcher Form, es in Zukunft wieder ein übergeordnetes Gremium geben soll, müsste Gegenstand zukünftiger Diskussionen sein.

Im Mittelpunkt standen 2024 insbesondere folgende Themen, die auch in 2025 weiterverfolgt werden sollen:

- Frauengesundheitspolitik der Regierungskoalition in Berlin. Hierzu veranstaltete das Netzwerk einen Austausch mit der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege.
- Reproduktive Gesundheit: Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs / „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“
- Migration und Frauengesundheit: Gewaltschutz in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete, Gewährung des Rechts auf eine Geburtsurkunde, Aufnahme von Sprachmittlung in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenkassen bzw. ins SGB V
- Gesundheitliche Folgen von Gewalt: Umsetzung der kassenfinanzierten Vertraulichen Spurensicherung, Sicherstellung einer standardisierten medizinischen Versorgung nach sexualisierter Gewalt/ Vergewaltigung, ambulante traumatherapeutische sowie psychosoziale Versorgung für von häuslicher und sexualisierter Gewalt Betroffene; Umsetzung der Istanbul Konvention
- Gesundheitsberichterstattung: Notwendigkeit von Daten zur gesundheitlichen und sozialen Situation von Frauen für die Feststellung der Bedarfe, Datenlage zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und bzgl. Geburt

Sechs Plena:

In 2024 wurden alle sechs Plena in Präsenz durchgeführt, mit folgenden Schwerpunktthemen:

Datum	Schwerpunktthema des Plenums
24.01.2024 148. Plenum	• Schwerpunktthema: Antifeminismus

Datum	Schwerpunktthema des Plenums
	Vorstellung der Meldestelle Antifeminismus durch Wiebke Eltze (Mitarbeiterin Amadeu-Antonio-Stiftung) <ul style="list-style-type: none"> • außerdem: Aktualisierung des Strukturpapiers und Konzept ÖA: Ideen für eine Veranstaltungsreihe „Feministischer Gesundheitsdialog“
20.03.2024 149. Plenum	<ul style="list-style-type: none"> • Wie weiter mit der Sprecher*innenschaft? • ELSA-Studie „Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer – Angebote der Beratung und Versorgung“ • Austausch mit zwei Vertreterinnen der mkk („meine Krankenkasse“)
08.05.2024 150. Plenum	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunkt: Austausch mit Gesundheitssenatorin Ina Czyborra • außerdem: Wie weiter mit der Sprecher*innenschaft?
26.06.2024 151. Plenum	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunkt: Wie weiter mit dem Netzwerk? Diskussion in zwei Kleingruppen a) Welche Strukturen brauchen wir für die politische Einflussnahme? b) Wie erreichen wir wieder mehr Motivation und Commitment?
18.09.2024 152. Plenum	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunkt: Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung; Planung einer Fachveranstaltungsreihe
13.11.2024 153. Plenum	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunkt: Periodenarmut; Vortrag von Fanny Kafka vom Verein „Social Period“ • Planung der Fachveranstaltungsreihe zu „Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung“ • außerdem: Kurzer Bericht über das Verfahren zur Errichtung der Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen durch Britta Hecking von der Camino-Werkstatt

Arbeitsgruppen im FNGB:

Derzeit gibt es fünf AGs zu folgenden Themen: reproduktive Gesundheit, gesundheitliche Versorgung von Migrant*innen, gesundheitliche Folgen von Gewalt, Frauen mit Behinderungen/chronischen Erkrankungen sowie Frauen und Sucht. Insbesondere aufgrund von Kapazitätsproblemen in den Mitgliedsorganisationen sind die AGs unterschiedlich aktiv. Darüber hinaus formiert sich ein neues Fachforum „Gesundheitsversorgung nach sexualisierter Gewalt“, das entsprechend der neuen Netzwerkstrukturen zeitlich begrenzt an dem Thema arbeitet und ein Fachgespräch dazu im Abgeordnetenhaus plant.

Mitgestaltung/ Unterstützung von Veranstaltungen:

Datum	Veranstaltung
05.+06. März FU Berlin und 12. März digital	Kongress „Armut und Gesundheit“: Das Netzwerk hat sich sowohl beim digitalen "Markt der Möglichkeiten" online präsentiert, als auch mit einem Infostand in der FU Berlin. Netzwerkmitglieder haben Veranstaltungen vorbereitet bzw. teilgenommen, insbesondere zu den Themen Intervention bei häuslicher Gewalt, Gesundheitszustand von Unversicherten, Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung mit und für Menschen mit Migrationshintergrund im Quartier, Intersektionale Perspektiven auf (sexuelle) Gesundheit sowie Gesundheitsberichterstattung.

Mitunterzeichnungen von Stellungnahmen/ Positionspapieren

Datum	Mitunterzeichnungen von Stellungnahmen/ Positionspapieren
21.02.2024	„Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln“ gemeinsamer Brief von 36 Verbänden/Organisationen an die MdBs der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU und ehemals der Fraktion Die Linke zugehörigen MdBs.
27.02.2024	Stellungnahme des Nationalen Netzwerks Frauen und Gesundheit zum geplanten "Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin" im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit
17.04.2024	Gemeinsame Pressemitteilung von Verbänden: "Der Schwangerschaftsabbruch muss und kann außerstrafrechtlich geregelt werden". Die Verbände und Organisationen begrüßen den Bericht der AG 1 der Kommission für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin.
14.06.2024	„Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach gesundheitsförderlichen, verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten“ Offener Brief von 42 Verbänden, verschickt an Bundeskanzler Scholz, an die Bundesminister*innen sowie an die Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien.
19.09.2024	"Es reicht: Schützen Sie endlich Frauen vor Gewalt und stoppen Sie Femizide!" – Offener Brief zum Gewaltschutz an die Bundesregierung von 23 Verbänden, initiiert von Terre des Femmes.
22.10.2024	Forderungspapier für besseren Schutz vor endokrinen Disruptoren. Das Papier fordert die Bundesregierung zur Umsetzung des Fünf-Punkte Plans zum Schutz vor hormonell schädigenden Stoffen auf und wurde von hej!support, PAN Germany, WECF und CHEM Trust Europe initiiert.
25.11.2024	Verbändebrief zum Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs, in dem insgesamt 73 Verbände die Bundestagsabgeordneten dazu aufrufen, den Gesetzesentwurf zu unterstützen.

Weitere Aktivitäten:

Das Netzwerk arbeitet mit bundesweiten Organisationen wie pro familia e.V. und dem „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ zusammen und ist Mitglied im Nationalen Netzwerk Frauengesundheit.

Netzwerkmitglieder waren beteiligt am jährlichen Aktionstag des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung unter dem Motto „„Legal. Einfach. fair. Für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland!““ und gegen den "Marsch für das Leben". (21.09.). Des Weiteren haben sich Netzwerkmitglieder an der Vorbereitung und Durchführung der ersten Berliner Demonstration zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen beteiligt sowie daran teilgenommen (25.11.).

Öffentlichkeitsarbeit:

Die Ergebnisse der Netzwerk-Arbeit werden seit über zehn Jahren regelmäßig auf der Website <http://www.frauengesundheit-berlin.de> veröffentlicht. Für die Optimierung der Außen-darstellung im Internet wird die Website weiterhin regelmäßig inhaltlich aktualisiert.

Im Berichtszeitraum wurden zwölf "Infos rund um Frauengesundheit" per Rundmail verschickt und damit über Aktivitäten „In eigener Sache“ sowie über Termine, Veranstaltungen, Materialien und Stellenausschreibungen informiert. Zusätzlich wurden aus aktuellen Anlässen regelmäßig Rundmails mit Hinweisen z.B. auf Veranstaltungen oder Materialien versendet.

Netzwerkstelle:

Die Netzwerkstelle wurde weiter von der Senatsverwaltung ASGIVA¹ gefördert und war durch die Stelleninhaberin an vier Tagen in der Woche besetzt und erreichbar. Seit 2019 ist der Träger pro familia LV Berlin e.V. Mitte September 2024 gab es einen Wechsel in der Netzwerkstelle und die neue Koordinatorin hat ihre Arbeit aufgenommen.

Ausblick auf 2025:

Für die sechs Plena sind folgende Themen geplant, die sich im Laufe des Jahres noch mal ändern können:

- Vorstellung des Projektes „Housing First für Frauen“ des Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.
- Versorgung nach sexualisierter Gewalt
- Austausch mit Gesundheitssenatorin Dr. Ina Czyborra
- „LeSuBiA“-Studie des BMI, BMFSFJ und BKA zu Gewalt in Partnerschaftsbeziehungen
- Menopause
- Armut

Zudem ist für 2026 bis vsl. 2027 eine Fachveranstaltungsreihe mit dem übergeordneten Thema „Diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für Frauen, Mädchen und TIN“ geplant. Dafür sollen im Berliner Abgeordnetenhaus vier Fachgespräche mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt werden – die ersten beiden zu den Themen „Gesundheitsversorgung nach sexualisierter Gewalt“ und „Menopause“.

Darüber hinaus wird das Netzwerk weiterhin an Veranstaltungen/Fachtagen zu gesundheitspolitischen Themen teilnehmen, u.a. am „Kongress Armut und Gesundheit“ im März 2025.

¹ Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung